

Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. wochentlich

Anzeigenpreise: Die 25 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M. Die Mastkopfsätze im Anschlag an redaktionellen Text 20 mm breit, kostet 2 R.-M. für auswärts 2,50 R.-M. abzüglich 5% - Die Briefgebühren für Zuschriften beträgt 0,30 R.-M. - Für Einsichtnahme an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 4
 Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194; 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Redaktion: Victoriastraße 1 a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
 Postfach: Dresden 2000 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entfallenden Anzeigens

Postbezugs für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Nr. 280 41. Jahrgang

Mit der Beilage „Literarische Rundschau“

Freitag, 1. Dezember 1933

England verstärkt seine Luftrüstung

Erklärungen Lord Londonderrys und Baldwins - Sechs Hinrichtungen in Köln - Reichstag am 12. Dezember

Ausschlußreiche Parlamentsdebatte

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 30. November

Eine zum mindesten eigenartige Beileidenschaft zu den händigen englischen Abklärungserklärungen haben die gestrigen Luftflottendebatten im Unterhaus und im Hause der Lords. In einem Punkte war man sich lebensfähig im Oberhaus völlig einig: England muß aufrücken und muß seine Luftflotte ganz erheblich verstärken. Nach einer langen Debatte, die im wesentlichen innenpolitischen Fragen gewidmet war, hielt der Herzog von South Devon, der in den Jahren 1922 bis 1924 selbst Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium gewesen ist, eine große Rede, in der er mit bewegendem Wort und dramatischer Ausmalung der Schrecken künftiger Luftangriffe eine Vergrößerung der englischen Luftflotte forderte. England sei in lufttechnischer Hinsicht längst keine Insel mehr. Es sei mit seiner künftigen Luftflotte schuldig allen Angriffen preisgegeben.

Werde London zertrübt, sei ganz England zertrübt.

Diese Möglichkeit sei durchaus nicht so unwahrscheinlich, wie man vielleicht glaube. England habe seit dem Siege keinen Verlust an 8 Prozent verringert, Frankreich ihm um 112 Prozent und Amerika um 108 Prozent erhöht. Schließlich muß natürlich auch noch Deutschland, das sein einziges Militärlagerungsgebiet besitzt, herhalten. Der Herzog behauptete, Deutschland könne in kürzester Frist eine moderne Luftflotte in Milliardenhöhe umwandeln, obwohl jedermann weiß, daß noch bevor eine solche Umwandlung durchgeführt werden könnte, Deutschland längst eine wehrlose Beute der feindlichen Luftflotten geworden wäre. Der Sprecher der Regierung.

der Luftfahrtminister Lord Londonderry, legte sich ebenfalls in einer viel Wallenden erregenden Rede für eine Vernehmung der englischen Luftflotte ein.

Der Luftfahrtminister war übrigens so antwortig, nicht Deutschland für diese Forderung verantwortlich zu machen. Wenn er sagte, England müsse mit der Tatsache rechnen, daß einige Mächte nicht geneigt wären, der in Welt der proklamierten Abschaffung der Militärflotte auszuweichen, muß man das als an die Adresse Frankreichs gerichtet auffassen. Lord Londonderry erklärte in seiner Rede weiter, England sei Ende des Jahres die erste Luftmacht der Welt gewesen, während es jetzt an fünfter Stelle stehe. Frankreich besitze 1050 Flugzeuge, Sowjetrußland 1200 bis 1500, die Vereinigten Staaten 1000 bis 1100, Italien über 1000, Großbritannien dagegen nur 750 Maschinen. Großbritannien müsse die Politik einseitiger Abrüstung aufgeben.

Wenn die Parität nicht durch Verhandlung erreicht werden könne, müsse der entgegengesetzte Plan folgen.

Die britische Regierung würde keine Wahl haben, als zu beginnen aufzubauen, während sie gleichzeitig ihre Anstrengungen fortsetze, ein Uebereinkommen durch Festlegung der Parität auf dem niedrigsten Niveau zu erreichen, dem die anderen Nationen zustimmen sollen. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe eine Erklärung der amerikanischen Luftrüstung bewilligt. Japan und Sowjetrußland hätten ein großes Programm zur Erhöhung der ihren begonnen. Diese Regierungen verzweifelten erünte Verlegenheit. Er könne dem Hause versichern, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit der unvermeidlichen Rückwirkungen auf die britische Politik widme. Die gegenwärtige relative Schwäche Großbritanniens in der Luft dürfe nicht weiter fortdauern. Die Gedanken gingen des englischen Luftfahrtministers müssen auf Deutsche einen sehr eigentümlichen Eindruck machen: Während er auf der einen Seite von den unbedingten notwendigen „Rückwirkungen“ der Verstärkung der Luftflotte in Frankreich und Amerika auf England sprach,

hielt die englische Regierung es für ganz selbstverständlich, daß Deutschland auch weiterhin völlig wehrlos in der Luft bleibe. Während man im Oberhaus also mit der größten Offenheit die Notwendigkeit einer englischen Aufrüstung besprach, war man im Unterhaus doch einen Grad vorsichtiger. Trotz der Erklärung über die völlige Einigkeit des Reichstages in den Luftfahrtbetreffenden Fragen hat Lord Baldwin heute im Unterhaus doch in einem beizüglichen Rede im Zusammenhang mit den Erklärungen Lord Londonderrys und Baldwins die heutigen Morgenblätter versucht, diesen Gegenstand etwas zu verschleiern; nur die „Morning Post“, die den Kreisen der Lords beizuehört,

nähergeht, spricht ganz offen von der schließlichen Uebereinstimmung zwischen den Erklärungen im Unter- und im Oberhaus. Baldwin sagte im Unterhaus, daß die gegenwärtige Unterlegenheit der englischen Luftflotte gegenüber den andern Ländern nur ein Zeichen dafür sei, wie ermit es England mit der Abrüstung meine. England sei bisher hinter seinem Luftflottenbauprogramm, das im Jahre 1923 aufgestellt sei, zurückgeblieben. Leider sei die Welt nicht bereit, den von England gemachten Abrüstungsvorschlägen in Bezug auf die Luftflotte zuzustimmen.

Im Gegenzug zu Lord Londonderrys Erklärung Baldwin, daß England nicht an Aufrüstung denke.

Der Führer der sozialistischen Opposition, Vandenburg, wies dann zur Verdräusung des Unterhauses darauf hin, daß zur gleichen Zeit, wo Baldwin diese Erklärung im Unterhaus abgab, im Oberhaus der Luftfahrtminister wesentlich anders spräche. Er protokollierte, daß eine derartig wichtige Erklärung zunächst dem Hause der Lords vorgelegt würde. Als er dann Stellen aus der Rede Lord Londonderrys vorles, wurde er aus formalen Gründen vom Unterhauspräzident daran gehindert, Macdonald und Baldwin Reden die Köpfe zusammen, und

Baldwin erhob sich zu einer neuen Erklärung.

in der er versuchte nachzuweisen, daß zwischen ihm und Londonderry kein Unterschied bestünde, wor aber ehrlich genug zugab, daß wenn die Mächte jetzt ihre Waffenspendungen, die Deutschland durch den Vertrag von Versailles verbieten seien, vermehrten, dies zu einer Verstärkung der Atmosphäre führen würde. Die könne Deutschland an Englands gutem Willen in der Abrüstungsfrage glauben, fragte Baldwin, wenn England jetzt aufrücke! Aus der andern Seite, fuhr er dann fort, beständen erhebliche Schwierigkeiten, die Abkürzungen auf den gegenwärtigen deutschen Stand herabzumindern; und etwas bedeutsameres fügte er hinzu, er sei leider nicht in der Lage, alles das zu sagen, was er tatsächlich wolle.

War Baldwins Rede nur ein Verneinungsversuch?

Sollte sie den unangenehmen Eindruck einer Indiskretion Londonderrys im Unterhaus vermindern? Die Politik Downing Streets bleibt zweifelhaft und unsicher. Die heutige Morgenpost will keine Differenz zwischen beiden Erklärungen sehen. „Daily Telegraph“ will aus den gestrigen Parlamentsabklärungen erkennen, daß jetzt mit der einseitigen Luftabrüstung Schluss gemacht werde. Durch die bisherige Abklärung sei England in einem bisher unbekanntem Grad wehrlos geworden. Der „Daily Telegraph“ unterkreuzt zwar Baldwins Bestimmung, daß es doch noch zu einer Abklärungvereinbarung kommen werde, fügt aber logisch hinzu, wenn das nicht glücke, so werde man mit Reue und beginnen müssen.

Der liberale „News Chronicle“ meint, daß England zur Aufrüstung gezwungen sei,

da die andern Mächte zu einer Abklärungvereinbarung nicht geneigt wären, und der „Daily Express“, für den Lord Londonderrys Rede natürlich Wasser auf die Mühle ist, freut sich, seinen Lesern in einer Uebersicht, die über die ganze Weltbreite geht, die Forderung nach weiteren zehn Geschwadern mitteilen zu können. Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, glaubt dabei zu wissen, daß das Rad nicht entzweit sei, die englische Luftflotte zu verdoppeln. Wenn es in Bezug auf eine Abklärungvereinbarung komme, während in England 800 neue Militärflugzeuge gebaut werden.

Die französische Taktik

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 30. November

Der letzte Artikel des offiziellen „Temps“ bringt einige wünschenswerte Aufschlüsse über die bisherige Haltung der französischen Außenpolitik und über die neue Taktik, die sie in Zukunft wohl einschlagen wird. Es wird zunächst einmal indirekt angegeben, daß der Generalsekretär des Völkerbundes, Kvonal, in wehr- oder minder offenem französischen Auftrag bei Mussolini wegen der ausgeprochenen Absicht Italiens, sich vom Völkerbunde zurückzuziehen, intervenieren sollte. Mit Bedauern wird festgehalten, daß Mussolini auf diese Intervention für die französischen Wünsche nur sehr wenig entgegenkommend geantwortet habe. Auch wird ganz im Sinne des

Wb. Köln, 30. November. (Durch Funkspruch)

Im Gefängnis Köln-Klingelshöh sind heute vormittag um 7,30 Uhr die zum Tode verurteilten Otto Baer, Hermann Hamacher, Bernhard Wilms, Heinrich Dorich, Josef Moritz und Josef Engel, alle aus Köln, hingerichtet worden. Das Urteil war am 22. Juli d. J. vom Schwurgericht Köln wegen Mordes bzw. Mithilfe zum Tode an den SA-Männern Walter Spangenberg und Winterberg gesprochen worden.

Bei der abgetriebenen Tat handelte es sich um folgenden Sachverhalt:

Am Abend des 24. Februar 1933 fanden in Köln zahlreiche Versammlungen der NSDAP statt. Die Organisation des kommunistischen Frontkämpferbundes in Köln hatte aus diesem Anlass den Befehl abgegeben, von diesen Versammlungen heimtückende SA- oder SA-Verstecke auf auch sonstige uniformierte Nationalsozialisten auf der Straße anzuhaken, nach Waffen zu durchsuchen und

im Falle einer Widerstandsleistung „anzulegen“.

Der Verurteilte Engel gab diesen Befehl den übrigen Mitverurteilten bekannt, die sich daraufhin in zwei Trupps auf die Straße begaben. Die Verurteilten Hamacher und Otto Waeckel trafen auf den in Uniform auf dem Heimweg befindlichen SA-Mann Spangenberg. Als dieser gerade an ihnen vorbeiging, zog Hamacher mit dem Ruf „Hände hoch“ seine Pistole und gab dann auf drei bis vier Meter Entfernung einen Schuß auf ihn ab, so daß Spangenberg, in den Unterleib getroffen, nach einigen Schritten zusammenbrach. Unmittelbar darauf schoß auch der Verurteilte Otto Baer auf den Verwundeten am Boden liegenden SA-Mann, ohne ihn jedoch zu treffen. In dem Zwischenfall starb Spangenberg am nächsten Tage.

Der zweite Trupp, bestehend aus den Verurteilten Wilms, Moritz und Dorich

und zwei andern in dem Versteck zu Justizhaus Verurteilten, ließ auf die beiden SA-Leute Winterberg und Kelling, die in ihrer Uniform als

Mitglieder einer SA-Kapelle waren. Sie stellten sich in einer Seitenstraße auf und eröffneten, als die beiden SA-Leute ahnungslos an ihnen vorbeigingen, auf sie das Feuer. Der SA-Mann Winterberg brach von zwei Schüssen getroffen, zusammen und ist am Nachmittag an den Folgen dieser Verletzungen gestorben. Als er schon am Boden lag, wurde noch weiter auf ihn geschossen, und der SA-Mann Kelling mußte seinen Versuch, seinen SA-Kameraden zu retten, aufgeben, als er selbst einen Schuß in das Bein erlitt. Bei seiner Hinfahrt trat Kelling auf die Verurteilten Hamacher und Baer, die daraufhin aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf ihn abgaben, von denen der eine in einem Rippenfellstücken hängen blieb, Kelling gelang es schließlich, zu flüchten.

Der preussische Ministerpräsident Goerring hat die Begehung der Verurteilten abgelehnt.

da es sich um einen organisierten Ueberrfall der kommunistischen Unterwelt auf harmlose Nationalsozialisten gehandelt hat. Der Ueberrfall geschah auf ausdrücklichen schriftlichen Befehl der örtlichen Kommande, die, wie bereits erwähnt, angeordnet hatte, daß die von ihr ausgehenden schwerbewaffneten Patronen auf Nationalsozialisten laudnen, sie auf Rollen unterliegen und bei Weigerung der Unterliegend „anzulegen“ sollten. Daß dieser Befehl nur zum Zweck die Unterliegend anordnete,

insichtlich aber den sofortigen Abbruch jedes begehrenden Nationalsozialisten verlangte.

hat seine Ausführung durch die verurteilten Täter bewiesen. Sie haben die ihnen auf der Straße entgegenkommenden Nationalsozialisten, ohne daß ein Wortwechsel oder irgendein Streit vorgefallen, und ohne daß sie die Genatung der Durchsichtung auf Waffen von ihnen verlangten, ohne weiteres niedergedrückt und die Verwundeten sofort wiederholt, bis zwei Nationalsozialisten tot auf der Straße lagen und einer schwerverwundet sich nur durch Flucht retten konnte. Sie haben sogar auf die hilflos am Boden liegenden schwerverwundeten noch weiter geschossen. Durch solche hoch und hinterlistige Verbrechen haben sich die Verurteilten selbst aus der Volksgemeinschaft für immer ausgeschlossen.

schern in dem Blatte Derriots, der „Tre Nouvelle“, erschienenen Artikel (vgl. den gestrigen Bericht unseres H.-Korrespondenten - d. Red.), im „Temps“ die große Verlegenheit darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Aktionspunkt der europäischen Politik sich sichtlich von Tag zu Tag von Paris nach Rom verlagere. Dieser Aktivität Mussolinis steht man in Paris sehr mißtraulich gegenüber. Daraus folgert man aber im Zusammenhang mit der Haltung auch der englischen Politik die französische Absicht, in eine direkte deutsch-französische Aussprache ohne jeden Dritten einzuwilligen.

Jum erstmalig liest man daher im „Temps“ folgende Sätze: „Das ist natürlicher, als daß Frankreich und Deutschland sich auf diplomatischem Wege über diejenigen Fragen, die sie direkt angehen, ohne irgendwelche Zwischenstellen verständigen. Jedes deutsch-französische Problem kann nämlich nur direkt zwischen Berlin und Paris diskutiert werden, denn die beiden Mächte sind allein Richter über die Entscheidungen, die ihnen die gute Wahrung ihrer beiderseitigen Interessen gebieten. Paris kann also frei mit Berlin verhandeln, wie es London und Rom tun und wie es zwischen den Kabinetten von London, Paris und Rom geschieht.“ Aus dem Blatt spricht bei diesen Äußerungen auch die Hoffnung, in direkten Verhandlungen leichter mit Deutschland fertig zu werden. Man wird erwarten müssen, ob die französische Regierung tatsächlich in dieser Weise die Verhandlungen eintritt.

„Regulierte Rüstungen“

X London, 30. November

Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ schreibt, die deutsch-französische Verständigung wären in London mit größtem Interesse beobachtet. Baldwin und Sir John Simon hätten klar zu verstehen gegeben, daß nach Ansicht der britischen Regierung „regulierte Rüstungen“ sehr die einzige Lösung blieben, und daß in diesem Begriffe ein-

Noch keine Klärung in Oesterreich

Wb. Wien, 30. November

Die für Ende dieser Woche erwartete Entscheidung zur Klärung der innerpolitischen Lage ist hinausgeschoben worden. Die ersten beiden Tage der Woche widmete Bundeskanzler Dr. Dollfuß dem politischen Jahrbuch des ungarischen Ministerpräsidenten Umbold und des ungarischen Ackerbau-ministers Kallan. Die nachher mit den Führern des Bundesverbandes besprochenen politischen Besprechungen haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Demie ist nun der Parteivorsitzmann des Bundesverbandes und Führer der nationalsozialistischen Front, Ingenieur Winkler, neuerlich an Grappa erkrankt, so daß weitere Aussprachen in den nächsten Tagen nicht stattfinden werden.

Aus diesem Grunde wurde auch die für Freitag anderäumte Sitzung der Reichsparteikongresse des Bundesverbandes, der das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Ingenieur Winkler zur Entscheidung vorgelegt werden sollte, auf nächste Woche verschoben. Bis an dieser Sitzung dürfte also eine Entscheidung nach keiner Richtung hin fallen.

Das geistliche Ministerium zurückgetreten

Wb. Berlin, 30. November

Wie der „Evangelische Correspondenz“ amtlich meldet, ist das geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche zurückgetreten. Der Reichsbischof hat die Rücktrittsbescheidung angenommen und die Mitglieder des geistlichen Ministeriums gebeten, bis zur Neubildung ihrer Komitee weiterzuführen.